

---

**GRUNDBILDUNG**

# Politische Bildung an Berufsfachschulen – oder die Reduzierung der Stimmabstinenz

Bei jeder Abstimmung wird heute die jüngere Generation von den Älteren überstimmt. Das liegt zum einen an der Alterspyramide, die sich in ihrer Form stark verändert hat. Gründe sind die tiefe Geburtenrate mit gleichzeitig hoher Lebenserwartung. Zum andern sind bei der jüngeren Generation sorgenvolle Trends festzustellen. Einer davon ist im niedrigen Politikinteresse<sup>1</sup> zu finden und hat unter anderem damit zu tun, dass ein Drittel der Jungwähler/innen über ein sehr geringes politisches Wissen verfügt. Dieses Wissen ist jedoch wesentliche Vorbedingung für das politische Engagement ab der Mündigkeit. Die Bildungswelt kann hier – wenn auch nur beschränkt<sup>2</sup> – Gegensteuer geben. Indem sie mit fokussierter, politischer Bildung die niedrige Stimmbeteiligungsquote zu erhöhen versucht.

In der Schweiz absolvieren fast 70% der Jugendlichen eine Berufslehre. Das sind jährlich rund 70 000 junge Menschen<sup>3</sup>, die sich auf den Weg in Richtung einer zwei-, drei- oder vierjährigen Lehre machen. An den Be-

rufsfachschulen erfolgt die berufstheoretische Ausbildung mittels der Berufskunde. Daneben besuchen sie Sport und die Allgemeinbildung. Letztere befähigt die jungen Berufsleute unter anderem, unsere Volkswirt-

schaft weiterzuentwickeln. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stellen das dreibeinige Netzwerk dar, in welchem sie sich auch nach der Grundausbildung bewegen.

In unserer direkten Demokratie spielt die Politik eine zentrale Rolle. Von den Menschen – den Bürgerinnen und Bürgern – braucht es politische Kompetenz, um nachhaltige und weitreichende Gesetze mit Auswirkungen auf die Ökologie, das ökonomische System und das Soziale mitzubestimmen. Viele Entscheide – insbesondere solche mit Zukunftsbedeutung – werden an der Urne gefällt. Und hier liegt eines der grösseren Probleme der jüngeren Generation: die Stimmabstinenz<sup>4</sup>. Mit Blick auf wichtige Fragen ist das dramatisch. Mit dem Wissen, dass die

Quelle: Koller, D., Dissertation zu «Politische Partizipation und politische Bildung in der Schweiz – Eine empirische Untersuchung des Partizipationsverhaltens junger Erwachsener in der Schweiz» (2017)

- 1 Der Autor ist überzeugt, dass es irgendwann eine faktorielle Stimmgewichtsverschiebung zu Gunsten der jüngeren Generation braucht, um die Demografie auszutariieren.
- 2 Quelle: Bundesamt für Statistik, Berufliche Grundbildung. Total Lehrverhältnisse über alle Berufe und Lehrjahre im Jahr 2021: 211 583. Davon ca. 90% mit einer EFZ-Lehre und ca. 10% mit einer EBA-Ausbildung
- 3 Analysen über mehrere Jahre zeigen, dass die Stimmbeteiligungsrate bei den jungen Wählerinnen und Wählern im Alter von 18 bis 25 stets und konsequent um 15 bis 20% unter der gesamt durchschnittlichen Rate von 45 bis 50% liegt.

Jahre zwischen dem 16. und 20. Altersjahr – also während der Lehrzeit – für die politische Identitätsentwicklung<sup>5</sup> entscheidend ist, darf diese Tatsache nicht unterschätzt werden. Im Gegenteil. Der Fokus auf die politische Bildung mit proaktiven Auseinandersetzungen bezüglich der vielen Zukunftsthemen ist zentral.

Der allgemeinbildende Unterricht an den Berufsfachschulen kann in Bezug auf das Stimmverhalten sehr viel leisten. Rund die Hälfte aller Lernenden erreichen während ihrer Ausbildungszeit das 18. Lebensjahr und damit die Mündigkeit. Sie werden stimm- und wahlberechtigt. Die Absenkung auf das Stimmrechtsalter 16 würde alle Lernenden und die ganze Lehrzeit umfassen. Die zahlenmässigen Auswirkungen der zwei neuen Jahrgänge auf ein Abstimmungsergebnis wären allerdings gering, das politische Zeichen an die Adresse der Zukunftsgeneration hingegen gross.

In der unter der Fussnote 1 erwähnten Untersuchung kommt die Autorin zum Schluss, dass die politische Bildung in den einschlägigen Rahmen- und Schullehrplänen wohl enthalten sei. Allerdings präsentiert sich schweizweit ein äusserst heterogenes Bild in Bezug auf Qualität und Quantität. Grösstenteils würden konkrete Richt- und Lernziele für den politischen Unterricht fehlen. Die Zielformulierungen für das Erreichen nachhaltiger Kenntnisse und Fertigkeiten seien uneinheitlich, mehrheitlich unpräzise und mit wenig Stringenz. Insgesamt finde sich in der Mehrzahl der Lehrpläne kaum Bestrebungen, das politische Interes-

se der Schülerinnen und Schüler zu wecken. Die Einführung verbindlicher Standards punkto Inhalt und Umfang sei daher dringend angezeigt. Die Kantone mit ihren Erziehungs-/Bildungsdirektionen sowie das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) müssten hierzu eine Lanze brechen.

Im Schullehrplan<sup>6</sup> Allgemeinbildung des Kantons Bern wird die politische Bildung unter dem Thema «Demokratie und Mitgestaltung» aufgeführt. Dotiert ist sie – abgestuft nach der Lehrzeitdauer<sup>7</sup> – mit 18, 24 oder 36 Lektionen und findet in allen Berufsausbildungen im 1. resp. 2. Lehrjahr statt. Diese Lernanlässe gehören zum obligatorischen Unterricht. Was hingegen nicht zum Pflichtauftrag einer allgemeinbildenden Lehrperson gehört, ist alles, was darüber hinaus geht und der politischen Bildung zuträglich wäre.

#### Folgende Schritte wären sinnvoll:

- Vorbereitungen auf eidgenössische und kantonale Abstimmungen und Wahlen müssten im Unterricht von allen allgemeinbildenden Lehrpersonen konsequent und aktiv bearbeitet werden.
- Volksabstimmungen mit Zukunftsauswirkungen müssten an den einzelnen Berufsfachschulen oder überregional als zusätzliche Anlässe<sup>8</sup> installiert werden. Die Abstimmungsvorlagen könnten so weiter in der Breite und Tiefe thematisiert und hinsichtlich ihrer Bedeutung behandelt werden.

- Die politische Bildung an den Berufsfachschulen müsste schweizweit vereinheitlicht, mit verbindlichen Standards versehen und insgesamt höher dotiert werden.

#### Fazit

Die Berufsfachschule ist derjenige Ort, an welchem Jugendliche unabhängig von ihrer Herkunft auf ihre Rolle nach der Berufslehre vorbereitet werden. Auf ihrem Lebensweg in der Gesellschaft werden sie sich mit Zukunftsfragen auseinandersetzen und Antworten dazu finden müssen. Dabei geht es um die Welt von morgen. Die demografische Situation kann nicht verändert werden. Mit einem höheren Politikverständnis und einer deutlich höheren Partizipation an der Urne kann jedoch Gegensteuer gegeben werden. An der Nahtstelle zur Mündigkeit braucht es deshalb mehr politische Bildung. Es dürfte nicht sein, dass die jüngere stets von der älteren Generation überstimmt wird.<sup>9</sup> – Denn: Die Zukunft gehört den Jungen.

#### Der Autor:



Niklaus Gerber war bis zu seiner Pensionierung im August 2021 Abteilungsleiter und Mitglied der gibb-Schulleitung und hat sich mit NORDWÄRTS – Kompass für kompetente Führung – selbständig gemacht.

➤ [www.nord-waerts.com](http://www.nord-waerts.com)

- 4 Quelle: Dermont, C., und Stadelmann-Steffen, I., «Die politische Partizipation der jungen Erwachsenen» (2014)
- 5 Übergeordnet existiert ein nationaler Rahmenlehrplan Allgemeinbildung, an welchem sich die einzelnen Schullehrpläne orientieren.
- 6 Dotation bei der 2-jährigen EBA-Lehre = 18 Lektionen, bei der 3-jährigen EFZ-Lehre = 24 Lektionen, bei der 4-jährigen EFZ-Lehre = 36 Lektionen
- 7 Die gibb Berufsfachschule Bern macht dies mit einer sogenannten Polit-Woche mit dem Ziel, das politische Interesse von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu fördern.
- 8 Das könnte früher oder später zu Generationenkonflikten führen. Und niemand hätte Schuld daran.